EURO-RETTUNG

Schäuble bremst

Die Lücke im griechischen Staatshaushalt ist größer als bislang erwartet. Nach vorläufigen Erkenntnissen der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds fehlen der Regierung von Ministerpräsident Antonis Samaras derzeit rund 20 Milliarden Euro – mithin fast doppelt so viel wie zuletzt eingestanden. Nur wenn die Finanzierungslücke geschlossen wird, kann die nächste EU-Tranche nach Athen überwiesen werden. Samaras soll bereits mehrfach angefragt haben, ob die öffentlichen Gläubiger bereit wären, auf die Rückzahlung von Schulden zu verzichten. Zudem hofft er, zwei Jahre mehr Zeit für die Erfüllung seiner Sparziele zu bekommen. Dann würden wohl weitere 20 Milliarden Euro an Hilfe fällig.
Wann abgestimmt wird, ob Griechenland überhaupt neues Geld bekommt, darüber ist zwischen der deutschen Regierung und der EU-Kommission ein Streit entbrannt. Die Brüsseler Kommissare wollen diese Frage beim Europäischen Rat Mitte Oktober beantworten. Berlin glaubt, dass belastbare Zahlen frühestens im November vorliegen könnten. Ohnehin plädierte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorvergangene Woche beim Treffen mit seinen Amtskollegen auf Zypern dafür, die Entscheidungen für Transferleistungen an notleidende Euro-Staaten

DIMITRI MESSINIS / AP

Schäuble beim Treffen auf Zypern

im Paket durchs Parlament zu bringen – wenn möglicherweise auch über Hilfen für Spanien, Zypern und Slowenien abgestimmt werden muss. Bei seinen Gesprächen mit den Ministerkollegen wandte sich Schäuble dagegen, dass Spanien schon bald unter den europäischen Rettungsschirm schlüpft; ein solcher Schritt bedeute nur neue Unruhe, zumal das Land derzeit auf dem Markt noch günstig an Geld komme.

JULIA ZIMMERMANN / LAIF / DER SPIEGEL

Weisband

PIRATEN

Kopieren erlaubt

Die frühere Geschäftsführerin der Piratenpartei, Marina Weisband, wird ihr im März erscheinendes Buch auch als E-Book ohne Kopierschutz auf den Markt bringen. Jeder Käufer soll es im Internet unbeschränkt weiterverbreiten dürfen, etwa auf Plattformen wie Dropbox. Um das bei ihrem Verlag Klett-Cotta durchzusetzen, verzichtete Weisband auf einen Teil ihres Vorschusses. „Ich bin überzeugt, dass sich das Buch trotzdem verkaufen wird. Für gute Inhalte wird bezahlt“, sagt Weisband. Sie folgt damit den Forderungen ihrer Partei konsequenter als Vorstandsmitglied Julia Schramm. Deren Verlag hatte vergangene Woche eine illegale Gratiskopie ihres Debütwerks „Klick mich“ im Internet sperren lassen. Der Urheberrechtsexperte der Piraten, Bruno Kramm, äußert deswegen scharfe Kritik an Schramm: „Ich ärgere mich, dass die Arbeit der Partei mal wieder in ein schräges Licht gerückt wird. Julias Vorgehen konterkariert unsere Programmatik im Urheberrecht.“ Der politische Geschäftsführer der bayerischen Piraten gehört zu einer Gruppe von Parteimitgliedern, die in dieser Woche eine Broschüre mit Reformvorschlägen zum Urheberrecht vorstellen.

ZEITGESCHICHTE

Genosse Nazi

Der SED hatten sich weit mehr ehemalige Nationalsozialisten angeschlossen als bisher bekannt. 1954 waren 27 Prozent aller Mitglieder der DDR-Regierungspartei zuvor in der NSDAP und deren Gliederungen. Das hat der Historiker Jan Foitzik herausgefunden*. Bereits von 1946 an habe die SED demnach Ex-Nazis aufgenommen – als erste deutsche Partei nach dem Krieg. Ein Jahr später befanden die ostdeutschen Innenminister, frühere NSDAP-Mitglieder seien als „gleichberechtigte Bürger“ zu behandeln. Alt-Nazis hielten auch Einzug in den DDR-Verwaltungsapparat: Noch 1954 waren 32,2 Prozent aller Angestellten im Öffentlichen Dienst der DDR ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen.

* Jan Foitzik (Hg.): „Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–54. Dokumente“. Oldenbourg Verlag, München; 629 Seiten; 74,80 Euro.